

Stand: 12.05.2024 23:01:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21635

"Vertriebene aus der Ukraine in Bayern willkommen heißen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21635 vom 09.03.2022
2. Beschluss des Plenums 18/21719 vom 10.03.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 10.03.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Vertriebene aus der Ukraine in Bayern willkommen heißen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der aktuelle Angriffskrieg in der Ukraine bereits mehr als 2 Mio. Menschen zwingt, ihre Heimat zu verlassen. Während sich ein Großteil der Geflüchteten noch in den Nachbarländern befindet, sind nach Schätzungen des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration knapp 10 000 Menschen in Bayern angekommen. Die Mehrheit sind Frauen und Kinder.

Um diesen Menschen schnellstmöglich einen sicheren Aufenthalt in Bayern zu gewährleisten, wird die Staatsregierung aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Verfahren bei Ankunft:

- Die Staatsregierung soll die Kommunen in der Koordination der ankommenden Flüchtlinge mit einem Krisenstab (insbesondere bei der Schaffung von kurzfristigen Notunterkünften, Transport und Verpflegung für die Ankommenden) unterstützen und prüfen, ob ein bayerisches Resettlement-Programm für Flüchtlinge aus der Ukraine aufgesetzt werden kann.
- In bayerischen Großstädten sollen an Bahnhöfen offizielle Anlaufstellen eingerichtet werden, die 24 Stunden mit geschultem Personal besetzt sind. Hierfür werden den entsprechenden Organisationen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt. Sie sollen mit Informationsmaterialien in ukrainischer und russischer Sprache ausgestattet werden (z. B. Anmeldung bei der Kommune, Gesundheitsversorgung, Seelsorge/Traumabewältigung etc.). Selbstverständlich sollen die Materialien auch digital zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll es den Geflüchteten ermöglicht werden, ihre mobilen Geräte aufzuladen (um beispielsweise Angehörige zu kontaktieren).
- Die ausführenden Hilfsorganisationen sollen entsprechend mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden.
- In regelmäßigen Abständen sollen Shuttlebusse eingesetzt werden, die die Geflüchteten zu Notunterkünften bzw. Aufnahmeeinrichtungen transportieren.
- Bei privater Unterbringung soll eine Rückverfolgung durch die Aufnahme der Kontaktdaten der Geflüchteten und der „Gastgeber“ ermöglicht werden (insbesondere für die Umsetzung der Schulpflicht, Kindertagesbetreuung und Sprachkurse, psychosoziale Betreuung).
- Privat angebotene Unterkünfte, die durch offizielle Stellen vermittelt werden, sollen erfasst und ggf. auf Wunsch der Geflüchteten auf Seriosität überprüft werden – auch stichprobenartige Kontrollen sollen möglich sein.
- Vorübergehend sollen gut ausgestattete Notunterkünfte (z. B. Hotelzimmer, Gasthäuser) für Weiterreisende zur Verfügung gestellt werden.

- Alle Geflüchteten sollen eine ihren Bedürfnissen entsprechende medizinische Erstversorgung erhalten (insbesondere auch eine COVID-19-Testung, wenn gewünscht auch eine Impfung).

Vulnerable Gruppen:

- Bereits bei Ankunft sollen Frauen über die Gefahr von Menschenhandel und Zwangsprostitution mithilfe von muttersprachlichem Informationsmaterial sensibilisiert werden (inkl. Notrufnummern und Kontaktdaten von Hilfsorganisationen).
- Für Geflüchtete mit Behinderung sollen Gebärdendolmetscher, die auch der ukrainischen und/oder russischen Gebärdensprache mächtig sind, bereitgestellt werden (ggfs. online).
- Bei Feststellung einer Traumatisierung und/oder psychischen Erkrankung sowie beim Wunsch nach Behandlung soll schnellstmöglich ein psychosoziales Erstgespräch in Muttersprache angeboten werden (bspw. durch Online-Angebote wie Ipso-care).
- Für unbegleitete Kinder und Jugendliche sollen bereits vorsorglich entsprechende Unterkunftskapazitäten geschaffen werden (sofern diese nicht bei Familienangehörigen untergebracht werden können).
- LGBTIQ*-Personen sollen zielgerichtet an spezifische Beratungsangebote weitergeleitet werden. Als besonders schutzbedürftige Gruppe sind sie ggfs. in gesonderten Unterkünften unterzubringen.
- Die Staatsregierung soll dafür Sorge tragen, dass sich die Diskriminierung von People of Color während der Ausreise aus der Ukraine in bayerischen Institutionen und Verfahren nicht wiederholt. Für sie wird – wie allen anderen Geflüchteten aus der Ukraine – Schutz vor Diskriminierung und Gewalt sichergestellt.

Kindertagesbetreuung und Schulbesuch:

- Der ortsnahe Schulbesuch soll für Kinder und Jugendliche sowie die frühkindliche Bildung in Aufnahmeeinrichtungen ermöglicht werden.
- Es sollen kurzfristige Aufnahmemöglichkeiten in den Kindertagesstätten und die Aufstellung eines Unterstützungskonzepts für die Einrichtungen vor Ort geschaffen werden.
- Die Schulen sollen auf die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingskindern vorbereitet werden. Hierzu sollen Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter kurzfristig zentrale Online-Schulungen von der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) in Dillingen angeboten bekommen, die insbesondere das Erkennen und den Umgang mit Traumata bei Kriegsflüchtlingskindern umfassen. Außerdem sollen notwendige Schulformulare auch in ukrainischer und russischer Sprache bereitgestellt werden.
- Zusätzliche Kapazitäten für Sprachlernkurse bzw. Deutschklassen sollen eingerichtet werden, die sich speziell an ukrainische Kinder und Jugendliche richten. Hierzu soll das ISB entsprechende Lehr- und Lernmaterialien zusammenstellen. Erzieher, Lehrkräfte und Studierende, die auch ukrainisch sprechen, sollen für die Unterstützung solcher Angebote attraktive Anreize erhalten.
- Ein adaptives und digitales Sprachlernangebot über Mebis oder in Kooperation mit den Schulbuchverlagen soll kostenlos bereitgestellt werden. Hierfür und für den Schulunterricht generell soll eine Ausstattung der Kinder und Jugendlichen z. B. mit über den DigitalPakt Schule erworbenen Leihgeräten vorgesehen werden.
- Junge Ukrainerinnen und Ukrainer sollen bei der Aufnahme oder Fortsetzung einer beruflichen Ausbildung in Bayern unterstützt werden. Hierzu sollen die beruflichen Schulen mit zusätzlichen Ressourcen und Mitteln ausgestattet werden und mit den Kammern Fragen, wie die Anrechnung bisheriger Ausbildungen, grundlegend geklärt werden.

Mittel- und längerfristige Unterbringung:

- Für alle erwachsenen Geflüchteten soll ein Zugang zu (Online-)Integrationskursen sowie die entsprechende Kinderbetreuung ermöglicht werden.
- Beim Einsatz des Sicherheitspersonals in Not- und Aufnahmeeinrichtungen soll auf das Konfliktpotenzial mit russischstämmigem/russischsprachigem Personal geachtet und in Gewaltschutzkonzepten der Betreiber verankert werden.
- Die Staatsregierung soll dafür Sorge tragen, dass die Aufnahmezentren und längerfristigen Unterkünfte sowie die Gesundheitsversorgung möglichst barrierearm sind.

Erwerbstätigkeit / Studium:

- Bei der Registrierung der Geflüchteten sollen der Ausbildungsstand und Beruf erfasst werden, um ggfs. eine spätere Arbeitsaufnahme zu erleichtern.
- Bereits bei Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für Geflüchtete aus der Ukraine soll in den Aufenthaltstitel eingetragen werden, dass die Beschäftigung erlaubt ist, auch wenn noch kein konkretes Beschäftigungsverhältnis in Aussicht steht (vgl. BMI-Schreiben vom 05.03.2022).
- Die Betroffenen sollen über die Möglichkeiten zur Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen umfassend informiert und der Zugang zu den bestehenden Angeboten vereinfacht und ggfs. anfallende Gebühren erlassen werden.
- Ein schnelles Eingliederungs- und Anstellungsprogramm für ukrainische Lehrkräfte und Erzieher zur Unterstützung der Angebote soll geschaffen werden.
- Ein bayerisches Notprogramm für geflohene ukrainische Studierende und Wissenschaftler soll aufgelegt und die Ukrainische Freie Universität (UFU) in München dabei unterstützt werden, den aus der Ukraine geflüchteten Studierenden und Lehrenden die Fortsetzung ihres Studiums bzw. ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit zu ermöglichen.

Begründung:

Die Staatsregierung rechnet aktuell mit mehr als 50 000 Geflüchteten die aus der Ukraine in Bayern ankommen könnten. Viele davon sind Frauen und Kinder. Trotz bestehender Strukturen kommen Wohlfahrtsverbände, Hilfsorganisationen und Ehrenamtliche bereits jetzt an ihre Grenzen. Es fehlt an kurzfristigen Notunterkünften, mehrsprachigen Informationsmaterialien zum Aufenthalt in Deutschland sowie eine sinnvolle Verzahnung von privaten und staatlichen Unterbringungsmöglichkeiten. Die Umstände am Münchener Hauptbahnhof sind teils erschütternd, da ankommende Geflüchtete teils auf dem kalten Boden übernachten müssen. Die Ankunft muss zumindest in den Großstädten Bayerns professionell aufgestellt und eine strukturierte Verteilung auf Notunterkünfte und Aufnahmeeinrichtungen ermöglicht werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Ankommenden zumindest eine Übernachtungsmöglichkeit erhalten, Zugang zu Sanitäranlagen haben und gepflegt werden. Dabei soll die Staatsregierung die Kommunen bei Bedarf unterstützen. Da viele Geflüchtete (wenn auch nur kurzfristig) privat untergebracht werden, muss eine Rückverfolgung auf Wunsch der Betroffenen ermöglicht werden. Somit soll der Schutz der Geflüchteten gewährleistet werden und eine Kontaktaufnahme u. a. bei der Umsetzung der Schulpflicht bei schulpflichtigen Kindern erfolgen.

Ankommende Personen sind teilweise desorientiert, da bereits in den ANKER-Einrichtungen in Mittelfranken, Schwaben und Oberbayern aufgrund von Überlastung keine Registrierungen mehr durchgeführt werden. Nur noch Personen ohne Unterkunft können sich dorthin wenden. Da grundsätzlich keine Registrierungspflicht für Personen aus der Ukraine herrscht, kann nicht nachvollzogen werden, wer nach Deutschland eingereist ist bzw. nach Bayern kommt. Dabei muss die Staatsregierung berücksichtigen, dass es sich bei den Geflüchteten größtenteils um besonders schutzbedürftige Personen handelt. Auf die speziellen Bedürfnisse dieser Gruppen muss bei der Unterbringung

Rücksicht genommen werden. Insbesondere alleinreisende Frauen müssen für die Gefahren von Menschenhandel und Zwangsprostitution schnellstmöglich sensibilisiert werden.

Die Staatsregierung hat bereits verkündet, die Schulpflicht vor der gesetzlichen Regelung von 3 Monaten für Kinder, die in Aufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, umzusetzen. Doch auch eine kurzfristige Aufnahme der Kinder in die Kindertagesbetreuung oder zumindest eine frühkindliche Förderung muss in den Aufnahmeeinrichtungen gewährleistet sein. Die Schulen müssen schnellstmöglich auf die Aufnahme ukrainischer Schülerinnen und Schüler vorbereitet werden.

Die Vorteile der Digitalisierung müssen auch bei den Integrationskursen genutzt werden. Sofern eine Teilnahme in Präsenz nicht möglich ist, sollen alle Erwachsenen an Online-Integrationskursen teilnehmen können.

Aufgrund der besonderen aufenthaltsrechtlichen Situation von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein schnellstmöglicher Arbeitsmarktzugang zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund sollen bei zukünftigen Registrierungen der Ausbildungsstand bzw. der Beruf der Person erfasst werden. Zudem müssen alle Geflüchteten über die bestehenden Angebote zur Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen umfassend informiert werden. Der Zugang zu diesen Angeboten muss vereinfacht und das Verfahren transparenter gestaltet werden. Dies gilt insbesondere auch für ukrainische Lehrkräfte, Erzieher, Studierende und Wissenschaftler.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/21635

Vertriebene aus der Ukraine in Bayern willkommen heißen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Julika Sandt

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Uli Henkel

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Karl Straub

Abg. Andreas Winhart

Abg. Alexander Hold

Abg. Horst Arnold

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Vertriebene aus der Ukraine in Bayern willkommen heißen! (Drs. 18/21635)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schnell humanitäre Hilfe für geflüchtete Menschen aus der Ukraine leisten - Kommunen umfassend unterstützen! (Drs. 18/21637)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zehntausende Frauen, Kinder und Senioren kommen zu uns. Sie wollten das nicht. Sie wurden mit Panzern, mit Bomben und Raketen gezwungen. Sie haben dem Krieg in sein gnadenloses Auge geblickt, viele vielleicht sogar dem Tod. Sie haben ihre Heimat verloren, sind von der Flucht erschöpft, kommen jetzt in ein fremdes Land, sprechen die Sprache nicht, haben meist nicht mehr als ein paar Taschen dabei, mussten ihre Männer und Väter zurücklassen, wissen nicht, wann sie sie wiedersehen, und sie wissen auch nicht, ob sie sie wiedersehen. Dann kommen sie hierher in das reiche, schöne weiß-blaue Bayern.

Was ich aber gestern am Münchener Hauptbahnhof sehen musste, war die finsterste Seite von Weiß-Blau. Frauen und Kinder mussten auf dem kalten Steinboden in der Bahnhofshalle nächtigen, weil sie nicht das "Glück" hatten, einen Platz im stinkenden und überfüllten Feldbettenlager in einer Abrisshalle zu ergattern; ich habe das heute schon in der Aktuellen Stunde erwähnt. Welches Signal senden hier die offiziellen Stellen? – Das ist doch das Signal: Wir wollen euch hier nicht haben. – Ich finde das beschämend. Ich finde das inakzeptabel. Unser Signal muss doch Folgendes sein: Ihr

seid hier willkommen; wir leisten schnelle, pragmatische und unbürokratische Hilfe, und wir schützen euch. Dazu rufe ich das Parlament und dazu rufe ich auch die Bayerische Staatsregierung und zum Beispiel die Herren Herrmann auf. Nehmen Sie sich ein Beispiel an den ehrenamtlichen Helfern! Nehmen Sie sich ein Beispiel an dem Herzblut und dem Engagement, das sie an den Tag legen, um hier wirklich den Menschen zu helfen!

Wir tragen eine Verantwortung. Ja, es gibt viel zu kritisieren. Ich habe gestern dem Oberbürgermeister Versagen vorgeworfen; er hat das sogar zugegeben und Besserung gelobt. Mir war aber heute Morgen in der Aktuellen Stunde – man hat ja leider nicht die Möglichkeit, Zwischenbemerkungen zu machen – die Debatte irgendwann ziemlich zuwider, weil angefangen wurde, je nach politischer Couleur einfach nur mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Beifall bei der FDP)

Die Kolleginnen und Kollegen, die Vertreter der Stadt haben gesagt, der Freistaat sei schuld. Der Freistaat hat gesagt, die Stadt sei schuld. Irgendwann hieß es, der Bund sei schuld. – Natürlich werden überall Fehler gemacht. Wenn etwas im Bund nicht läuft, dann schreiben Sie uns das gerne; wir geben das gerne weiter. Aber jetzt geht es doch darum, dass wir tun, was in unserer Verantwortung liegt und was unsere Aufgabe ist: hier zuzupacken und zu tun, was der Freistaat tun kann. Dazu haben wir in unserem Dringlichkeitsantrag ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt.

(Beifall bei der FDP)

Es geht darum, dass die Menschen würdig untergebracht, versorgt und betreut werden. Natürlich brauchen Drehkreuze wie München eine offizielle Anlaufstelle, wo Menschen Tag und Nacht in ihrer Muttersprache erfahren, wie es jetzt weitergeht, wo Ehrenamtliche natürlich auch koordiniert werden, wo man weiß, wo Unterkünfte frei und Shuttlebusse bereit sind, wo man den Ankommenden sagt, wie sie sich registrieren lassen müssen, wo sie erfahren, wo sie eine medizinische Erstversorgung bekommen,

und wo man ihnen auch eine psychosoziale Versorgung zur Verfügung stellt; denn es ist wirklich ganz schwer zu verkraften, was sie erlebt haben.

Der nächste Punkt: Wir als Freistaat müssen dafür sorgen, dass die Kinder möglichst bald eine Tagesstruktur bekommen. Wir müssen jetzt Lösungen für den Kita- oder Schulbesuch schaffen. Die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger hat appelliert, möglichst schnell ukrainische Lehrer einzusetzen, um dann auch die Kinder zu unterrichten. Ich freue mich auch, dass sich die bayerische Integrationsbeauftragte, Frau Brendel-Fischer, dieser Forderung in einer Presseinfo angeschlossen hat. Aber das allein reicht nicht. Sie brauchen natürlich auch Deutschkurse, um sich möglichst schnell zu integrieren. Auch die Schulen brauchen Unterstützung beim Thema Traumabewältigung, wenn traumatisierte Kinder in die Schule kommen; das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es ist ja schon so, dass sie jetzt in unsere Schulen kommen. Im Übrigen rächt sich hier der Lehrermangel, also dass hier der Klassenteiler überschritten wird. Für alle weiteren Bereiche des Bildungswegs braucht es Unterstützung, zum Beispiel für eine unkomplizierte Wiederaufnahme des Studiums. Dr. Wolfgang Heubisch hat dazu eine entsprechende Initiative ins Rollen gebracht.

Erleichtern wir dort, wo wir zuständig sind, die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Mit unserem Dringlichkeitsantrag haben wir ein ganzes Paket von Vorschlägen unterbreitet, wie wir diese Probleme angehen können. Es ist schmerzhaft genug, dass wir die Menschen in der Ukraine nicht verteidigen können. Wir können da nicht helfen. Das geht nicht, das sehe ich ein. Wir befinden uns hier in einer Zwickmühle. Jetzt ist es aber unsere Pflicht, denen, die hier sind, mit voller Kraft zu helfen. Deshalb bitte ich Sie: Unterstützen Sie beide Dringlichkeitsanträge; unserer ist der weitergehende. Fassen Sie sich ein Herz! Es geht um die Schwächsten! Es geht um Menschen, die unschuldig in diese Situation gekommen sind! Es geht um Frauen und Kinder! Bitte stimmen Sie beiden Dringlichkeitsanträgen zu.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sandt. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute in der Aktuellen Stunde bereits die humanitäre Situation der Geflüchteten aus der Ukraine angesprochen. Ich appelliere hier an die Staatsregierung und vor allem an das Innenministerium, das für das Thema Integration und Flucht zuständig ist: Wir müssen den ankommenden Menschen, die manchmal fünf bis sechs Tage unterwegs waren, unter ihnen kleine Kinder, die ihre Väter zurückgelassen und denen ihre Mütter gesagt haben, dass sich ihre Väter im Krieg befinden, das Ankommen so menschenwürdig wie möglich gestalten.

Diese Menschen brauchen eine Erstversorgung. Es kann nicht sein, dass Ehrenamtliche Dolmetscheraufgaben übernehmen. Ehrenamtliche können höchstens ergänzend für solche Aufgaben eingesetzt werden; sie haben aber nicht die Verantwortung. Sie können eine Ergänzung für bestellte Dolmetscher sein. Wenn sie jedoch die Einzigen sind, die dolmetschen, ist strukturell etwas nicht richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Menschen, die tagelang unterwegs waren und hier ankommen, brauchen medizinische Versorgung. Diese ist nicht zu sehen. Die Kommunen brauchen die Unterstützung der Staatsregierung. Es kann nicht sein, dass eine Kommune, in der täglich tausend Geflüchtete ankommen, mit dieser Situation alleingelassen wird. Die Staatsregierung und das Innenministerium müssen dafür Sorge tragen, dass dieses Problem gemeinsam gemanagt wird. Die Verantwortung des Innenministeriums fängt nicht erst dann an, wenn die Menschen im Ankunftszentrum registriert werden. Die Verantwortung des Innenministeriums beginnt schon am Hauptbahnhof Nürnberg oder am Hauptbahnhof München.

Die Stadt Nürnberg verzweifelt bereits und ist kurz vor dem Aufgeben, weil sie die Organisation nicht mehr schafft. Unser Dringlichkeitsantrag zielt deshalb darauf ab, dass die Staatsregierung so schnell wie möglich die Verantwortung übernehmen und dabei mit den Kommunen Hand in Hand gehen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es reicht nicht, den Kommunen zu sagen, dass sie Unterkünfte anmieten müssten. Auch das Land hat Immobilien und Liegenschaften. Im Innenministerium gibt es einen Krisenstab. Es ist auch seine Aufgabe, Unterkünfte zu suchen und diese gemeinsam mit den Kommunen anzumieten. In Bayern gibt es Kommunen, die bis heute kein Geld für die von ihnen untergebrachten afghanischen Ortskräfte bekommen haben.

(Zuruf des Staatsministers Joachim Herrmann)

– Herr Minister Herrmann, Sie brauchen sich gar nicht aufzuregen. Wenn Sie sich aufregen, dann bestätigen Sie mich, weil ich dann weiß, dass ich einen wunden Punkt getroffen habe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geben Sie hier Sicherheit, und sagen Sie nicht permanent, der Bund müsste zahlen. Führen Sie diese Verhandlungen. Auch wir haben als Landespolitiker ein Interesse daran, dass wir vom Bund das Geld bekommen. Jetzt haben wir aber nicht die Zeit, auf die eine oder die andere Ebene zu zeigen. Jetzt ist die Zeit, wo alle Ebenen miteinander die Krise bewältigen müssen. Wir haben eine Krise. Die GRÜNEN haben die Ausrufung des Katastrophenfalls gefordert. Sie haben das abgelehnt und gesagt, wir hätten einen Krisenstab, der funktioniere.

Ich habe bis heute nicht gehört, wie Sie die Beschulung der Kinder gewährleisten wollen. Schon bevor die ukrainischen Geflüchteten kamen, konnten wir in manchen Städten die Kinder afghanischer Ortskräfte nicht einschulen, weil die dafür nötigen Lehrerinnen und Lehrer nicht da sind. Wir haben Deutschklassen, für die das Personal fehlt.

Wir haben die Ausrufung des Katastrophenfalls gefordert, weil es jetzt Zeit ist, unkonventionelle Wege zu gehen. Wir brauchen Menschen, die Deutsch als Fremdsprache studiert haben. Diese Leute gibt es. Wir haben in München ein Fremdspracheninstitut. Diese Leute könnten wir jetzt einstellen, um die sprachliche Ausbildung zu gewährleisten.

Führen Sie mit der LMU ein Projekt mit Lehramtsstudierenden durch, um diese Kinder aufzufangen. Führen Sie mit den Erzieherinnen und Erziehern ein Projekt durch, um die Kindertageseinrichtungen zu unterstützen. Diese Felder haben schon unter der Corona-Pandemie gelitten; und dort war die Situation vorher schon nicht besonders rosig. Sie verweisen jetzt auf die Regeldienste. So wird das nicht funktionieren.

Ich habe gestern eine Einrichtung zur psychosozialen Betreuung besucht. Dort gibt es keine besonders tolle Infrastruktur. Bei der momentanen Anzahl der ankommenden Menschen reicht diese Infrastruktur erst recht nicht. Diese Einrichtung eines Wohlfahrtsverbandes verfügt über drei Vollzeitstellen. Diese Leute waren, schon bevor die Flüchtenden aus der Ukraine kamen, mehr als ausgelastet. Die Finanzierung solcher Einrichtungen ist über Verbände nicht mehr zu tragen. Wir haben also die nötige Struktur. Was diese Projekte jetzt allerdings brauchen, ist Geld. Sie müssen diesen Projekten Unterstützung geben und ihnen sagen: Bitte kümmert euch um die traumatisierten Kinder und Mütter. Gewährleisten Sie ein Ankommen, das diesen Namen auch verdient.

Wir begrüßen die große Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft. Sie ist toll. Sie muss aber auch gepflegt und nachhaltig begleitet werden. Die privaten Gastgeberinnen und Gastgeber brauchen Unterstützung. Es reicht nicht, dass sie zum Hauptbahnhof kommen und die Leute mitnehmen. Die Probleme und der Alltag beginnen nämlich am nächsten Tag: Wo müssen sie Sozialhilfe beantragen? Wo müssen sie sich registrieren? Wo können die Kinder eingeschult werden? Wo findet die Therapie statt? Wollen Sie die privaten Gastgeber mit diesen Problemen alleinlassen, sodass ihre Bereit-

schaft nach ein paar Wochen kippt? Das würde zu einer Belastung für alle Beteiligten führen.

Ich bitte Sie deshalb, eine Stabsstelle und örtliche Hotlines einzurichten. Eine Hotline bei der Landesregierung nützt nichts. Die Menschen orientieren sich örtlich. Unterstützen Sie die Kommunen mit örtlichen Hotlines. Versuchen Sie, private Unterkünfte im Hinblick auf den Kinderschutz zu kontrollieren. Ich will damit nicht unterstellen, dass die große Mehrheit diese Menschen nicht aus humanitären Gründen aufnimmt. Trotzdem bedarf es im Hinblick auf den Kinderschutz einer Kontrolle.

Das sind alles Aufgaben, die erledigt und bewältigt werden müssen. Herr Innenminister, wenn ich sehe, wie es in der Praxis läuft, dann glaube ich nicht an Ihren Krisenstab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel. – Uns liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Henkel von der AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Geschätzte Frau Kollegin, es ist jetzt nicht meine Aufgabe, die Stadt München, das Land oder gar die Regierung zu verteidigen. Was Sie und Ihre Vorrednerin aber gerade wieder mit höchst moralischen Ansprüchen vorgetragen haben, läuft auf einen Überbietungswettbewerb "Wer ist hier der Beste?" hinaus. Die Realität ist doch eine vollkommen andere: Die Ukrainer sind vor einem Krieg geflohen. Sie sind in einen Zug oder einen Bus gestiegen und in München angekommen. Sie wissen, sie sind in Sicherheit. Sie wissen, sie sind bei Menschen, die sich um sie kümmern werden. Selbst wenn sie die erste Nacht auf einem harten Fußboden geschlafen haben sollten, so wird darüber keine Beschwerde geführt werden, weil diese Menschen in Sicherheit sind. Sie wissen, dass wir uns nach und nach darum kümmern werden. Sie reden jetzt von Schulen, psychologischer Betreuung und von Beratern. Gehen Sie doch bitte Schritt für Schritt voran. Dieser Überbietungswettbewerb ist absolut un-

glaubwürdig. Die Menschen haben in Gefahr gelebt, und jetzt sind sie in Sicherheit. Das ist der allererste Schritt. Darauf werden wir alle gemeinsam aufbauen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Demirel, bitte schön.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Kollege Henkel, ich bin nicht überrascht, dass Sie mich nicht verstanden haben. Unser Menschenbild und unser Verständnis von Menschenrechten sind diametral verschieden, sodass eine Verständigung überhaupt nicht möglich sein kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Demirel, die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel für die CSU-Fraktion.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich bin ehrlich gesagt mehr als schockiert über Ihre absolute Unkenntnis und Ihr Unwissen, welche Sie gerade in Ihrer Rede dokumentiert haben.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern erleben wir im Moment ein Paradebeispiel für gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Menschen unterschiedlichster Gruppen, Nationen und vielleicht auch familiärer Hintergründe helfen zusammen, um in der Not da zu sein. Das machen Hauptamtliche wie auch Ehrenamtliche. Übrigens haben wir den K-Fall immer noch. Das ist aber bei den GRÜNEN nicht bekannt.

Ich möchte an dieser Stelle die Leistungen unseres Innenministers loben. Es ist eine E-Mail an sämtliche Kommunen verschickt worden, sodass Feuerwehr, THW, Malteser, Rotes Kreuz usw. Unterkünfte zusammenstellen und überall helfen, wo es nur geht. In diesem Bayern leben zu dürfen, ist wunderbar. Sie aber stellen all diese Leute an den Pranger und sagen, das könne nur eine Stabsstelle. Das zeugt von Unkenntnis, und ich finde das total traurig.

(Beifall bei der CSU)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Kollegin, es macht mich traurig, dass ich Sie traurig gemacht habe. Aber die Realität tut weh. Meine Rede bezog sich nicht auf die Ehrenamtlichen.

(Zuruf von der CSU)

– Das müssen Sie mir gar nicht erklären. Ich kenne viele Netzwerke. Die wissen, wie sehr ich ihre Arbeit schätze. Auch die freiwilligen Helferinnen und Helfer am Bahnhof wissen, wie sehr wir als GRÜNE ihre Hilfsbereitschaft schätzen. Aber die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer werden irgendwann fragen, wo die Staatsregierung ist, da es nicht allein ihre Aufgabe ist, die Lage zu bewältigen. Das werden Sie sich als Regierungsfraktion anhören müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel.

– Der nächste Redner ist der Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf meinem Weg zum Rednerpult habe ich schon lange nicht mehr gezittert. Ich zittere jetzt nicht vor Aufregung, sondern vor Wut. Frau Demirel, was Sie hier abgelassen haben, sprengt jeden Rahmen. Momentan herrscht in der Ukraine eine dramatische Situation. Viele Menschen brauchen jetzt unsere Hilfe. Wir brauchen gerade jetzt einen gesamtgesellschaftlichen und einen gesamtparlamentarischen Zusammenhalt. Sie können nichts anderes, als meckern, schimpfen und auf unseren Innenminister schimpfen. Ich bin so froh, dass wir einen erfahrenen Innenminister haben, der diese Situation wieder bravourös meistert. Wenn Sie ihn beobachten, dann werden Sie sehen, dass er auch hier die ganze Zeit am Organisieren ist. Was Sie heute hier gemacht haben, war unanständig.

(Beifall bei der CSU)

Die Dinge, die Sie aufzählen, haben wir bereits. Es ist wahrlich kein Problem, wenn sich ein Dolmetscher ehrenamtlich am Hauptbahnhof einsetzt. Die Situation werden wir nämlich nur gesamtgesellschaftlich bewältigen können.

(Beifall bei der CSU)

Ihre einzige Lösung ist es, immer nach dem Staat zu schreien. Ja, es ist möglich, dass das ukrainische Kind, welches ankommt, nach zwei Tagen noch kein Deutsch kann. Das wird vorkommen. Das wird tatsächlich vorkommen. Aber ich habe hier einen ganzen Packen an Dokumenten, den Sie sich einmal durchlesen sollten. Der Staatsminister Herrmann hat in jedem Bereich zahlreiche Aktivitäten unternommen. Beispielsweise hat der Freistaat als erstes Land den Kommunen finanzielle Unterstützung zugesagt. Wo ist die Unterstützung vom Bund, in welchem Sie die Verantwortung tragen?

(Beifall bei der CSU)

Gerade vorhin habe ich noch mit einem Vertreter des Landratsamtes telefoniert. Ich werde bei Ihren Aussagen derart wütend. Das Landratsamt hat überraschenderweise statt des angekündigten einen Busses zwei Busse bekommen. Die haben aber nicht gemeckert und gefordert: Ich brauche, ich brauche, ich brauche, gib mir den Innenminister ans Telefon. Das Landratsamt hat mitgeteilt, dass ein Hotel angemietet worden sei, dass es kein Problem gebe, die Leute untergebracht seien und heute Nacht gut schlafen werden. Das ist wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben heute Mittag alle nebenbei Fernsehen geschaut und gewartet, was bei dem Treffen in der Türkei herauskommen würde. Leider Gottes ist es zu keiner Einigung gekommen. Wir werden hier im Parlament einen sehr, sehr langen Atem brauchen. Es werden auch Fehler passieren. Dinge werden auch nicht ganz rund laufen, weil die Situation eine unglaubliche Belastung wird. Deswegen würde ich Sie bitten, dass Sie

sich im Bund, wo Sie Verantwortung tragen, um europäische Lösungen kümmern. Führen Sie einen Königsteiner Schlüssel aufseiten des Bundes ein, damit es nicht zu einer Überforderung kommt.

Wir als CSU-Fraktion wollen nur eines: Es soll unseren ukrainischen Freunden in Bayern gut gehen. Dafür steht unser Innenminister Joachim Herrmann. Dafür stehen unsere Europaministerin Melanie Huml, unser Kultusminister Michael Piazolo und alle, die in Bayern Verantwortung tragen. Bitte halten Sie keine solchen Reden mehr. Wir können irgendwann wieder in alter Weise zusammenkommen. Dass ich einmal einem Herrn Henkel von der AfD-Seite recht geben muss und einen derartigen Blödsinn – wir sind so gut, wir sind so toll – hören muss, habe ich mir nicht gedacht.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass ich das noch erleben darf im Hohen Haus: Lob für die AfD. Das hat man ja noch nie gehört. Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege, für den sachlichen Beitrag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Krieg gehören auch die Bilder, die uns die Medien liefern. Wir haben es mitbekommen: Heute Nacht wurde das Kinderkrankenhaus in Mariupol bombardiert. Es gibt immer wieder Raketenangriffe auf Zivilisten und ihre Wohnviertel. Wir alle kennen die Bilder von Frauen mit ihren Kindern, die sich am Bahnhof in Lemberg oder Kiew von ihren kämpfenden Männern verabschieden müssen, ohne zu wissen, ob es ein Wiedersehen geben wird. Jedem in diesem Hohen Haus ist klar, dass diese Bilder niemanden, der ein Herz hat, unberührt lassen können.

Jetzt geht es um die Fürsorge für die Frauen und Kinder der ukrainischen Patrioten, die ihre Heimat dieser Tage so tapfer verteidigen. Die Fürsorge funktioniert natürlich immer nach den gewohnten Prämissen: Eine wohnortnahe Unterbringung ist das erste Ziel. Man muss sich aber auch eingestehen, dass der Flüchtlingsstrom derart groß ist, dass unsere Freunde in der EU und unsere Bündnispartner in der NATO mit diesem Ansturm schlicht und ergreifend in Kürze wahrscheinlich nicht mehr zurechtkommen werden. Wir müssen uns deswegen darauf vorbereiten, dass diese Menschen aus der Ukraine zu uns kommen werden.

Es ist aber eine andere Situation als 2015: Erstens sind die Visegrád-Staaten mit an Bord. Auch Orbán und andere ziehen im europäischen Geist mit. Viele Flüchtende verfügen zweitens über persönliche Kontakte wie Geschäftskontakte oder persönliche Bekanntschaften in unserem Land. Die Flüchtlinge haben meistens erst einmal eine Anlaufstelle und stranden nicht unbedingt am nächstbesten Bahnhof. Der dritte Punkt ist, und dieser gehört auch zur Wahrheit: Die jetzt flüchtenden Ukrainer werden an den Grenzen von Polen, der Slowakei, Ungarn oder Rumänien entsprechend erfasst. Sie zeigen ihre Ausweise vor und haben diese nicht verloren. Deswegen ist auch eine Registrierung möglich. Das ist ein großer Unterschied. Das ist möglich. Das hat mein Kollege Uli Henkel heute Vormittag in der Aktuellen Stunde bereits ausgeführt. Es bestehen ganz andere Voraussetzungen als noch im Jahr 2015. Viele Flüchtende sprechen Deutsch. Wenn ich geschäftlich in Osteuropa unterwegs war, dann habe ich ein Gespräch auf Englisch begonnen und nach ein paar Sätzen gehört: Herr Winhart, wir können auch Deutsch sprechen. Viele Menschen in den osteuropäischen Staaten sprechen gutes Deutsch. Es ist deswegen überhaupt kein Problem, wenn viele von ihnen zu uns kommen.

Wollen wir auch noch einen Blick in die Zukunft werfen: Es kommen Frauen und Kinder zu uns; die meisten von ihnen wollen, wenn der Krieg – das ist hoffentlich bald – wieder zu Ende ist, zurück zu ihren Männern, die ihre Heimat verteidigt haben.

Wir haben nun zwei Dringlichkeitsanträge von den GRÜNEN und der FDP. Dazu ist schon einiges gesagt worden. Meine Damen und Herren, es kommt mir ein bisschen vor, als wäre das, wie der Kollege vorhin gesagt hat, ein Wunschzettel, ein Überbietungswettbewerb fernab von den Bedürfnissen der Flüchtlinge. Was die Leute jetzt wirklich brauchen, ist praktische Hilfe. Mir ist vor wenigen Tagen aufgefallen, dass beispielsweise die Telekom und andere Mobilfunkanbieter mittlerweile kostenfreies Telefonieren in die Ukraine ermöglichen. Das nenne ich mal vorbildlich. Das ist nämlich wirklich praktische Hilfe, wenn man mal anrufen kann, dass man gut angekommen ist usw.

Als weniger zielführend erachte ich, dass unser Gesundheitsminister dazu äußert, man müsse jetzt erst mal ganz schnell den Impfstatus der Flüchtenden überprüfen. Das hilft uns nicht weiter.

Liebe GRÜNE, wenn ich schaue, was in Ihrem Dringlichkeitsantrag alles steht, muss ich sagen: Hier haben Sie einen Schaufensterantrag geliefert. Es steht nichts Neues drin, außer dass man jetzt auch noch Infomaterial auf Ukrainisch bereitstellen soll. Ich denke, das kriegen die Hilfsorganisationen auch ohne Ihre Anregung hin.

Im Dringlichkeitsantrag der FDP lese ich auf vier Seiten ein Best-of der letzten Jahre. Dahinter steckt eigentlich Bürokratie. Nach Ihrem Wunsch sollen jetzt die Gastgeber überprüft werden, es soll überprüft werden, ob die Angebote so haltbar sind. Meine Damen und Herren, wer soll das denn jetzt auf die Schnelle machen? – Das ist doch unpraktisch.

Dann geht es um die Sonderbehandlung von LGBTIQ*-Personen. – Das ist in Ihrer Welt ein Schwerpunkt, in unserer Welt muss den Menschen erst einmal mit Essen und Obdach geholfen werden.

Dann ist noch das Studium an der Ukrainischen Freien Universität, die uns heute Vormittag zur Aktuellen Stunde besucht hat, angeführt. Meine Damen und Herren von der

FDP, hier haben Sie die Schwerpunkte etwas falsch gesetzt. Sie versuchen sich hier auf Kosten der flüchtenden Menschen zu profilieren; das ist schäbig.

Faktisch braucht es jetzt genügend Unterkünfte. Jetzt wird es bald wieder heißen: Wir haben Platz. – Wir hätten – das muss man an dieser Stelle, wie es auch heute Morgen in der Aktuellen Stunde schon getan worden ist, noch einmal erwähnen – in den Notunterkünften und Flüchtlingsheimen viel mehr Platz zur Verfügung, wenn diejenigen, die hier keinen Aufenthaltstitel haben und unser Land eigentlich verlassen müssten, jetzt auch gehen würden.

Das Ansinnen der Dringlichkeitsanträge ist sicherlich menschlich, human und richtig. Die Ausführung, die Detailliertheit mit allem Drum und Dran, ermöglicht es uns aber nicht zuzustimmen. Wir werden uns daher enthalten.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Hold für die Fraktion FREIE WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vitali Klitschko, der Bürgermeister von Kiew, hat heute gesagt: Die Hälfte der Bevölkerung ist bereits aus Kiew geflohen. – Schrecklich! Es nötigt aber großen Respekt ab, wie die Menschen in der Ukraine mit dem Leid des Krieges umgehen. Es nötigt ganz großen Respekt ab, wie Menschen auf der Flucht das Leid ertragen. Es nötigt zumindest mir großen Respekt ab, wie Ehrenamtler und Hilfsorganisationen hier bei uns die ankommenden Flüchtlinge behandeln und empfangen, meine Damen und Herren.

Aber Sie tun gerade so, als wäre Bayern mit all seinen Kommunen unvorbereitet und planlos. – Entschuldigung! Frau Demirel und Frau Sandt, mit Verlaub, das ist eine sehr München-geprägte Sicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich war gestern Morgen selber am Bahnhof und musste mir Beschwerden von Verantwortlichen der Bahn und von Hilfsorganisationen darüber anhören, dass seit Tagen niemand von der Stadt München da gewesen sei. Das ist die Realität. Meine Damen und Herren, das ist der Grund für Ihre München-geprägte Sicht.

Es gibt all die Strukturen, die Sie sich wünschen oder die Sie bemängeln. Wir haben ja seit gestern den Katastrophenfall auch auf den Krieg in der Ukraine ausgeweitet. Es gibt die Führungsgruppe Katastrophenschutz, die 24 Stunden und rund um die Uhr im Einsatz ist. Das ist eine bewährte, bestehende und funktionierende Struktur. Es gibt Ansprechpartner für alles. Waren Sie überhaupt schon einmal auf der Homepage des Innenministeriums www.ukraine-hilfe.bayern.de? – Da finden Sie alles. Da finden Sie Antwort auf alle Fragen, auch in kyrillischer Schrift, meine Damen und Herren.

Unterkünfte werden geschaffen; ja, die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist da, ehrlich gesagt, wunderbar. Ich entnehme Ihren Anträgen, dass das alles schneller gehen muss. Gleichzeitig wollen Sie zuerst einmal die Gastgeber und Vermieter überprüfen. Wie soll das denn bitte gehen? – Wir haben die Versorgung; die Kreisverwaltungsbehörden sind zuständig. Wer ein Schutzgesuch gestellt hat, hat Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf Ernährung, Unterkunft und die medizinische Versorgung.

Erzählen Sie nichts Falsches! Die Flüchtlinge haben hier von der Pädiatrie über die Gynäkologie bis hin zur Psychotherapie alles. Selbstverständlich werden sie im Impfzentrum, ohne dass sie Termine ausmachen müssen, sofort behandelt.

Kinderbetreuung: Das Ministerium für Arbeit und Soziales tut alles, damit die Kinder betreut werden. Das Kultusministerium ist auf dem Weg, um gerade auch aus den Reihen der Flüchtenden ukrainischsprachige Lehrer zu rekrutieren. Das sind alles Dinge, die auf den Weg gebracht werden.

Wenn ich dann höre, Sie wollen gern ein Pilotprojekt an der LMU starten, dann können Sie gleich zum Blumenpflücken gehen, meine Damen und Herren. Das wird uns heute

nicht helfen, das wird uns morgen nicht helfen. Wir müssen jetzt handeln, und das tut die Bayerische Staatsregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Interessant ist ja: Ich habe von keinem einzigen Landrat eine Klage darüber gehört, dass er sich vom Freistaat im Stich gelassen fühle. Ich habe von keinem einzigen Oberbürgermeister eine Klage darüber gehört, dass er sich vom Freistaat Bayern im Stich gelassen fühle. Übrigens nicht einmal von OB Reiter; der hat sich zuvor schon im Stich gelassen gefühlt, aber von seiner eigenen Verwaltung und von sonst gar niemandem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das ist der tatsächliche Stand. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn Sie die Verantwortung dafür, dass Helfer am Bahnhof keinen Strom haben, dass Helfer Ankommenden keine warmen Getränke und Mahlzeiten reichen können, dass es am Bahnhof München nur eine Toilette gibt, die aber ab 24 Uhr geschlossen ist und vorher 1 Euro pro Benutzung kostet, dass Menschen nachts am Bahnhof schlafen müssen, dass tagelang niemand von der Kreisverwaltungsbehörde da ist, dem Freistaat aufhalsen und letzten Endes der Bayerischen Staatsregierung aufladen wollen, dann ist das schäbig; dann ist das für mich nichts anderes als ein Zeichen dafür, dass Sie hier Parteipolitik auf dem Rücken der Allerschwächsten machen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Für mich ist das ein Zeichen dafür, dass Sie eigentlich auch das zivilgesellschaftliche Engagement, das wirklich überwältigend ist, überhaupt nicht schätzen und auch die elementarsten Bedürfnisse der Flüchtlinge, zu deren Anwalt Sie sich in Reden immer wieder aufschwingen, gar nicht wirklich achten. Es braucht aber keine Reden. Es braucht Menschen, die jetzt die Ärmel hochkrempeln und handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Katastrophe im wirklich wörtlichen Sinn findet in der Ukraine statt: Kriegsverbrechen, Tod, Angst und Entwurzelung werden dort Tag für Tag exerziert. Auch die Bilder, die bei uns ausgestrahlt werden, haben fatale – man muss in dem Zusammenhang sagen: lähmende – Wirkung auf unsere Kinder und unsere Angehörigen, die das noch gar nicht kennen. Besonders abstoßend, ja fast pervers ist, dass Friedensgespräche geführt werden und nicht zu einem vorübergehenden Waffenstillstand führen; tatsächlich werden die Verwüstung und die Vernichtung von Menschen und Infrastruktur vonseiten des diktatorischen Regimes von Russland unvermindert und verstärkt vorangetrieben.

Ja, ein abgewandeltes Zitat hier klar und deutlich zur Kenntnis gebracht: Putin ist ein lupenreiner Diktator.

(Beifall bei der SPD)

Dieser lupenreine Diktator agiert nur zur Machtsicherung und aus Machtgelüsten; er agiert menschenverachtend. Er bringt Leid über die Ukraine, aber auch über sein Volk, letztendlich auch über ganz Europa. Das ist die Katastrophe.

Meine Damen und Herren, keine Katastrophe, sondern eine humanitäre Selbstverständlichkeit ist es, wenn vor dem Krieg flüchtende Frauen, Kinder und Familien in Deutschland oder in Bayern Schutz suchen und finden. Diese Herausforderung gilt es zu meistern. In diesem Zusammenhang zeigt sich auch, wie massiv, stark und agil, wie empathisch und nachhaltig die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und der Verbände, der sogenannten Zivilgesellschaft, ist. Man kann dies nicht nur mit Respekt begleiten, sondern hierfür gebührt diesen Menschen tiefer, tiefer Dank.

(Beifall bei der SPD)

Die Flüchtlingsströme sind aus unserer Sicht nicht mit Naturkatastrophen gleichzusetzen. Deshalb ist unserer Meinung nach alleine das Ausrufen der Katastrophe in diesem Zusammenhang sehr gefährlich, weil dies falsch verstanden werden kann. Es ist selbstverständlich, dass man Verwaltungsstrukturen, die angesichts des derzeitigen Katastrophenschutzes bestehen, nutzt und diese rechtlichen Möglichkeiten ergreift. Aber kein Mensch braucht im Rahmen der Freizügigkeit Szenarien, die beispielsweise ein Betretungsverbot von Regionen rechtlich ermöglichen. Das brauchen wir nicht, das brauchen die Flüchtlinge nicht, und das braucht auch die Bevölkerung nicht. Wir brauchen aber die Koordination und die Kanalisierung von Hilfe sowie Regelungen, die den Flüchtenden ein menschenwürdiges Dasein und eine menschenwürdige Ankunft ermöglichen. Ermöglichen bedeutet tatsächlich "ermöglichen", aber nicht Bedenkenträgerschaft.

Bereits am 24. Februar, zum Zeitpunkt des Ausbruchs dieses Krieges, haben wir als SPD-Fraktion einen Antrag auf Einrichtung eines Krisenstabs bei der Bayerischen Staatsregierung formuliert und mit Drucksache vom 28. Februar gestellt, weil wir wussten und uns auch jeden Tag immer wieder darin bestätigt sehen, dass es nun nicht nur um eine Aufstellung von Feldbetten geht – hier zitiere ich Sie, Herr Innenminister, aus einem Beitrag im Bayerischen Rundfunk –, sondern es geht um die Aufnahme, Versorgung und Unterbringung, den Umgang mit Traumata und Vulnerabilität der Kriegsflüchtlinge sowie um die Vernetzung von Kinderbetreuung und Schulwesen.

Die Vernetzung, meine Damen und Herren, des Freistaats mit den Kommunen und den Landkreisen, aber auch den Regierungsbezirken ist keine Aufgabe des Katastrophenschutz- oder Arbeitsstabes, sondern die Aufgabe einer verantwortlichen Staatsregierung, die verschiedene Ministerien schnell und effektiv zusammenbringt und einheitlich auftritt. In dieser Sache kann es kein Verschanzen hinter Zuständigkeiten geben. Die Vernetzung von Internetplattformen, die derzeit angeleiert ist und erfolgt, ist ein Anfang, ersetzt aber nicht vitale, praktische und pragmatische Auskünfte auf Einzelfragen der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunen und der Hilfsorganisationen.

Ich weiß, dies ist im Aufwuchs und muss geschehen. Die Kommunikation läuft. Die Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich registriert werden. Dies begründet den Anspruch auf Leistungen und eine Krankenversicherung. Die Arbeitserlaubnis muss in diesem Zusammenhang auf dem Fuß folgen. In der Tat ist dies auch schon geregelt.

Die Behauptung, in diesem Zusammenhang komme nichts vom Bund, stimmt nicht. Einen Tag, nachdem die Regelung in Vollzug gesetzt wurde, sind genaue Bestimmungen bzw. Anregungen erlassen worden, wie es läuft. Der Ruf nach dem Königsteiner Schlüssel ist zwar immer sehr laut, aber ein Blick ins Gesetz erleichtert die Antwort: Dies steht in § 24 Absatz 3 des Aufenthaltsgesetzes. Wenn Sie etwas anders wollen, können Sie es formulieren, aber ein Blick ins Gesetz ist in Ordnung.

Deswegen ist eines ganz klar: Wir müssen uns gemeinsam dieser Verantwortung widmen. Sie können nicht immer auf Zuständigkeiten verweisen. Ich habe die Frage des Kollegen Straub gehört: Was tut der Bund dafür? – Der Bund tut sehr viel dafür. Er hat heute sogar die entsprechende Aufenthaltsverordnung vollzogen, nach der unsere Behörden weiter vollziehen müssen. Die Kosten sind bezahlt. Wir werden uns gemeinsam auf allen Ebenen darum bemühen, diese Kosten auszugleichen. Wer jetzt nach den Kosten der Hilfe fragt, scheint mir mehr oder weniger ein Buchhalter der Menschen- und Nächstenliebe zu sein. Dies sind wir nicht. Wir unterstützen die Anträge. Wir wissen aber auch, dass nicht alles perfekt ist, was aus der Not geboren ist, und versuchen, uns gegenseitig zu bestärken, dass dies alles besser werden wird.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold.
– Nun erteile ich das Wort Herrn Staatsminister Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann in der jetzigen enorm schwierigen Situation Europas, in dieser katastrophalen Situation in der Ukraine und bei dem verheerenden Angriffskrieg, der von Putin befohlen worden ist, nur sehr bedauern, welchen Stil die

heutige Diskussion zu diesem enorm wichtigen Thema angenommen hat. Das, was die ersten beiden Rednerinnen gesagt haben, dass wir gerade in dieser Zeit zusammenstehen müssten, unterstütze ich nachdrücklich. Ich frage mich nur, warum Sie dann mit der Antragstellung und Ihren sonstigen Äußerungen genau das Gegenteil von dem tun, was Sie eigentlich ethisch-moralisch gefordert haben. So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sollten dies der Reihe nach vernünftig ordnen. Aufgrund des schrecklichen Krieges in der Ukraine haben es die Justiz- und Innenminister der Europäischen Union nach all den Streitigkeiten über Asylrecht und Sonstiges über die Jahre hinweg zum ersten Mal seit Jahren geschafft, innerhalb weniger Tage einen einstimmigen Beschluss der Europäischen Union zu produzieren, dass die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie für alle ukrainischen Staatsbürger und ein paar mehr sofort Anwendung findet. Dadurch wird ermöglicht, dass jeder dieser ukrainischen Bürger ohne eine Prüfung, ein Asylverfahren oder was auch immer sofort alleine deshalb, weil er einen ukrainischen Pass hat, in jedes Land der Europäischen Union einreisen kann. Ich denke, dies ist eine starke Leistung der EU, die gezeigt hat: In dieser schwierigen Situation steht die Europäische Union zusammen, lässt sich nicht von irgendwem auseinanderdividieren und ist solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Punkt Nummer eins: sehr gut.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der zweite Punkt ist: Für den Fall, dass dieses europäische Recht angewandt wird – es ist noch nie angewandt worden, aber für den Fall, dass es angewandt wird –, hat der Bundesgesetzgeber schon vor Jahren einen eigenen Paragraphen im Aufenthaltsgesetz geschaffen, § 24. Darin ist geregelt, was in Deutschland passiert, falls die EU diese Rechtskonstruktion anwendet. Wiederum sind sich die Bundesinnenministerin und alle 16 Innenministerinnen und Innenminister, Senatorinnen und Senatoren einig

gewesen, jetzt § 24 anzuwenden – einstimmig, alle, CDU, CSU und SPD. Andere Parteien stellen keine Innenminister in Deutschland. So wird es nun umgesetzt. Die Bundesinnenministerin hat dies mit unserer Zustimmung durch eine Eilverordnung nach § 99 des Aufenthaltsgesetzes erst einmal vorläufig sofort in Kraft gesetzt, bevor weitere Details geklärt werden. Ich habe die verschiedenen Wortmeldungen eigentlich nicht so verstehen wollen, als wäre bisher irgendetwas an diesem Vorgehen der Bundesinnenministerin und der Landesinnenminister auszusetzen gewesen.

Insofern kommen wir nun zur Landesebene. Zunächst möchte ich, was die Finanzen anbetrifft, darauf hinweisen, dass wir in Bayern von Anfang an, wie dies ohnehin seit Jahren im gesamten Asylrecht gilt, erneut die generelle Zusage bekräftigt haben, dass der Freistaat Bayern gegenüber den Städten und Landkreisen alle angemessenen Kosten zahlt, wie dies schon seit Jahren so der Fall ist, was uns von etlichen anderen Bundesländern unterscheidet. Keineswegs ist diese Zusage an die Kommunen in allen SPD- und grün regierten Bundesländern so vorhanden, wie es bei uns in Bayern seit Jahren der Fall ist. Daran darf ich einmal erinnern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das heißt, es gibt keinen Oberbürgermeister und keinen Landrat, der Zweifel daran hat, dass er das, was er im Moment in dieser Hinsicht tut, von uns erstattet bekommt. Den gibt es nicht. Es gibt keinen.

Ich habe dann nebenbei, neben anderen Punkten, gesagt, dass es jetzt schon einmal ganz schön wäre, wenn in dieser Lage auch jemand vom Bund irgendwann einmal etwas sagen würde. Da gibt es nämlich noch keine einzige Aussage, weder des Bundeskanzlers noch des Bundesfinanzministers noch der Bundesinnenministerin, bis heute kein Jota über irgendeinen Euro, den der Bund dazuzahlt. Ich habe nur ein paarmal nebenbei, in zwei, drei harmlosen Sätzen, jeweils gesagt: Es wäre schon schön, wenn vom Bund demnächst auch einmal eine Ansage käme, in welchem Umfang er sich denn an den Kosten beteiligt. Nicht mehr und nicht weniger, meine

Damen und Herren. Ich glaube, das ist mehr als angemessen. Das darf ich schon einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Falls Sie anderer Meinung sein sollten, können Sie das gerne hier kundtun.

Es gibt keine einzige Maßnahme in Bayern, die wir deswegen irgendwie zurückgestellt, gebremst oder sonst was hätten; sondern alle Städte und Landkreise haben von Anfang an ein umfassendes Go von uns erhalten, alles zu tun, was notwendig und richtig ist. Da gibt es keine Beschränkungen oder sonst irgendetwas. Das hat mit dem anderen überhaupt nichts zu tun.

Wir haben – ich weiß schon, man muss sich vielleicht hier oder da ein bisschen einarbeiten, bis man die ganze bayerische Staatsverwaltung versteht, und ich will jetzt keine ausführlichen Nachhilfeseminare halten; aber der eine oder andere hat es mitbekommen – seit November, zum dritten Mal in der Pandemiezeit, wieder den Katastrophenfall. Das ist eigentlich hinreichend bekannt gemacht worden. Deswegen arbeiten wir auf Landesebene, Regierungsbezirksebene und Kreisverwaltungsebene – überall, in allen 96 Städten und Landkreisen – in den Strukturen nach dem Katastrophenfall. Es gibt seit November die sogenannten Führungsgruppen Katastrophenschutz, die entsprechenden Informationsstränge usw., ausgerichtet auf das Thema Corona-Pandemie.

Ich habe bereits am Montag letzter Woche, am 28. Februar, in der jeden Montag stattfindenden großen Sitzung des FÜGK-Führungsstabes im Innenministerium angekündigt, dass wir auf jeden Fall jetzt sofort das ganze Flüchtlingsgeschehen in die Arbeit der FÜGKs einbeziehen. Das haben wir am 28.02. bereits diskutiert. Ich darf für diejenigen, die das nicht näher kennen, darauf hinweisen: In diesem Führungstab vertreten sind bisher wegen Corona neben dem Innenministerium das Gesundheitsministerium, die Landespolizei, die Bundespolizei, die Bundeswehr, das THW, das Rote Kreuz, die Malteser, die Johanniter, der Arbeiter-Samariter-Bund, der Landesfeuerwehrver-

band und bei Bedarf auch noch andere. Am 28.02. waren alle dabei, als wir schon einmal andiskutiert haben, was jetzt in der Flüchtlingshilfe zu tun ist.

Letzten Montag war wieder eine entsprechende Sitzung. Wir haben wieder mit den Organisationen alles durchgesprochen: Welche Bedarfe sehen sie im Moment? Wo sind die Probleme? – Damit Sie sich das vorstellen können: Ich habe unmittelbar meinen Informationsstrang, natürlich aus der Polizei und den Kreisverwaltungsbehörden. Daneben sitzt der Landesfeuerwehrverband, der seine Informationen aus der ganzen Struktur der Feuerwehren hat. Dann sitzt da jeweils entweder der Landesgeschäftsführer vom Roten Kreuz oder von den Maltesern, der die Informationen aus seinem ganzen Apparat hat. Alles wird dort zusammengetragen. Natürlich wird nicht jedes Detail besprochen, zum Beispiel wie morgen Abend die Situation am Hauptbahnhof von Hof sein wird; sondern es wird zusammengetragen, was es an grundsätzlichen Anforderungen und Problemen gibt, wo wir etwas tun müssen und dergleichen mehr. Das hat an den letzten beiden Montagen schon stattgefunden.

Eine Stunde nach der Sitzung der FÜGK am vergangenen Montag hatte ich eine Videoschaltkonferenz mit allen Oberbürgermeistern und Landräten Bayerns. Wir haben zwei Stunden lang die ganze Lage durchgesprochen. Logischerweise hat sich von 96 Kreisverwaltungsbehörden nicht jeder Vertreter oder jede Vertreterin in der Diskussion zu Wort gemeldet, aber es konnte sich jeder zu Wort melden. Wir haben die Diskussion so lange geführt, bis die letzte Wortmeldung abgearbeitet war. Die Landeshauptstadt München war bei der Schalte durch die Sozialreferentin Frau Schiwy vertreten. Sie hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet, und was sie gesagt hat, ist entsprechend beantwortet worden. Manches, was noch an Wünschen geäußert worden ist, wird abgearbeitet.

Ich will Sie jetzt nicht mit noch mehr Details unserer Arbeit behelligen. Ich will Ihnen nur deutlich machen, dass das, was hier von manchen gesagt worden ist, gegenüber all diesen Männern und Frauen, den Oberbürgermeistern und Landräten, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Leuten vom Roten Kreuz, vom Landesfeuerwehrver-

band, von den Maltesern, Johannitern usw., die als einzelne ehrenamtliche Helfer vor Ort in diesen Strukturen, aber auch in den gesamten Strukturen darüber schon voll bei der Arbeit sind und die Tag und Nacht arbeiten, eine Unverschämtheit ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Bravo!)

Ich kann hier nur sagen: Wir müssen in der Tat jetzt ganz schnell wieder dahin zurückkommen zusammenzuhalten. Ich bin für alles offen, wenn jemand einen Verbesserungsvorschlag hat. Ich will ausdrücklich sagen: In den Anträgen heute sind eine Reihe einzelner Punkte dabei, die natürlich zu bearbeiten sein werden.

Nehmen Sie es mir nicht übel, dass wir in der Tat sagen: Jetzt müssen wir den Leuten erst einmal ein Dach über dem Kopf verschaffen. Wir müssen sie auf Corona testen. Wir müssen ihnen genügend zu essen bieten usw. Die Frage, wann die Kitabetreuung beginnt, ist sehr wichtig. Die Antwort wird aber vielleicht erst ein paar Tage später erfolgen. Aber wir müssen daran arbeiten; das ist überhaupt keine Frage. Wir werden daran arbeiten. Da sind wir natürlich in Kontakt. Ich rede mit der Sozialministerin und dem Kultusminister und dergleichen mehr. Natürlich müssen jetzt alle zusammenhelfen. Aber lassen Sie uns bitte aufhören, in dem Ton, den Sie vorhin angeschlagen haben, miteinander zu streiten!

Ein Wettbewerb guter Ideen: wunderbar. Wir sollten jetzt draußen bei den Menschen nicht den Eindruck erwecken, als würden wir uns in erster Linie gegenseitig parteipolitisch Dinge um die Ohren schlagen – in einer Situation, in der wir alle irgendwo in der Verantwortung sind. Da kann sich keiner herausstehlen. Wir haben eine Ampelkoalition in Berlin, in der jetzt SPD, GRÜNE und FDP in der gemeinsamen Verantwortung sind. Wir haben hier eine von CSU und FREIEN WÄHLERN geführte Staatsregierung. Ich habe Oberbürgermeister und Landräte von der CSU, der SPD, den FREIEN WÄHLERN und einen Landrat von den GRÜNEN und und und, querbeet. Ich kann doch nicht jedes Thema – wir beschäftigen uns jetzt jeden Tag mit hundert Themen – dau-

ernd parteipolitisch analysieren, wer wohl gerade welcher Meinung ist. Jetzt kann es nur ein Zusammenhalten geben, dass wirklich alle zusammenstehen und das Bestmögliche für diese armen Menschen aus der Ukraine bewerkstelligen. Genau deswegen sind heute schon Tausende in Bayern zu keinem anderen Zweck unterwegs, als den Menschen bestmöglich zu helfen.

Wir lernen jeden Tag dazu. Wir haben es bei Flüchtlingen in den letzten Jahren sonst nicht erlebt, dass in erster Linie viele Mütter mit Kindern kommen. Das war bekanntermaßen bei den Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak völlig anders. Darauf müssen wir uns einstellen. Wenn man jetzt erlebt, dass von diesen Familien mit Kindern auch noch jede dritte oder vierte Familie einen Hund oder eine Katze dabei hat, dann sind das Dinge aus dem ganz praktischen Leben, die bislang bei der Flüchtlingsunterbringung überhaupt keine Rolle gespielt haben. Dann ist es nicht ganz einfach, wenn man jetzt die Notunterkünfte in der Sporthalle hat, und es gibt alle möglichen Familien, die ihren Schäferhund oder dergleichen dabei haben.

Das sind alles Dinge, bei denen es auch nichts nützt, wenn ich eine Anweisung vom Odeonsplatz gebe. Das erfordert unheimlich viel Kreativität vor Ort, wo die Menschen jetzt aufgenommen werden, wie man mit solchen Situationen umgeht. Genau das wird jetzt geleistet. Ich weiß auch: Jeden Tag wird es irgendetwas geben, was nicht optimal läuft. Aber ich habe keinen Zweifel daran, dass all die Menschen überall das Bestmögliche tun, ob am Münchener Hauptbahnhof oder in Nürnberg in der Schulturnhalle, die ich letzten Sonntag besucht habe, oder in Würzburg oder im ländlichen Raum. Es sind ja zum Teil wieder die Gleichen, die wir sowieso schon dauernd in der Belastung hatten, auch in der Corona-Pandemie. Es sind die Gleichen, die wir jetzt wieder beanspruchen müssen. Trotzdem schmeißen sie nicht den Löffel hin und sagen: Ich habe jetzt keine Lust mehr. – Sondern sie hängen sich wieder unglaublich rein. Deswegen sage ich noch einmal, dass ich ihnen dankbar bin.

Jetzt müssen wir bitte alles tun, um zu vermeiden, dass ausgehend von irgendeinem Stadtrat, aus diesem Landtag oder irgendwelchen anderen Gremien der Eindruck er-

weckt wird, dass sich jetzt in erster Linie Politiker streiten, anstatt dass wir alle zusammenhalten, um diesen Menschen zu helfen. Darum möchte ich Sie herzlich bitten.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe: Bravo!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, wir haben eine Zwischenbemerkung. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von der Abgeordneten Julika Sandt vor. Bitte.

Julika Sandt (FDP): Herr Minister, ich bin gelinde gesagt irritiert darüber, dass Sie uns vorwerfen, einen Streit mit den ehrenamtlichen Helfern anzuzetteln. Es ist genau umgekehrt: Die ehrenamtlichen Helfer haben uns auf die Situation hingewiesen und uns gebeten, etwas zu tun. Natürlich ist da auch der Freistaat in der Verantwortung. Es geht nicht darum, mit ihnen in Streit zu treten, sondern wir haben nur einen Vorschlag gemacht, einen Maßnahmenkatalog vorgeschlagen. Ich möchte, dass sich weder der Bund noch das Land noch die Stadt aus der Verantwortung stehlen, sondern dass alle an einem Strang ziehen.

Da frage ich Sie jetzt zum Thema Menschenhandel. Ich habe eben erfahren – ich weiß nicht, ob Sie heute früh bei der Debatte dabei waren –, dass die Frauen und Kinder vier Tage lang vermittelt wurden, ohne dass Adressen registriert wurden, sicherlich meistens an herzensgute Menschen. Aber wäre denn nicht auch der Freistaat in der Pflicht, sich ganz schnell zu überlegen, was man präventiv gegen Menschenhandel tun kann? Wie ist da im Moment der Plan? Das würde mich sehr interessieren.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Über alle diese Fragen kann man in Ruhe sachlich diskutieren. Ich habe die Frage der Gefahr auch von Zwangsprostitution und Menschenhandel auf dem Schirm. Ich bin erst vorgestern bei dem Pressetermin mit dem Ministerpräsidenten danach gefragt worden. In der Tat

haben wir sowohl unsere bayerische Polizei als auch die Bundespolizei bereits sensibilisiert, die Bundespolizei, weil sie vor allen Dingen für die Bahnhöfe zuständig ist. Ich kann trotzdem nicht ausschließen, dass so was morgen passiert. Aber die Polizei ist sensibilisiert, darauf besonders zu achten, weil wir gerade in einer solchen Situation, in der – ich sage es noch mal – anders als vor sieben Jahren vor allen Dingen besonders viele Frauen und Frauen mit Kindern kommen, in dieser Hinsicht eine deutlich gesteigerte Gefahr haben. Deshalb müssen wir darauf besonders achten.

Deshalb bemühen sich unsere Unterkunftsverwaltungen, möglichst komplette Unterkünfte nur für Frauen mit Kindern zu reservieren. Da bitte ich um Verständnis. Das wurde gleich wieder kritisiert. Aber das bedeutet, dass wir zum Teil andere Flüchtlinge, die da schon eine Weile drin sind, in andere Unterkünfte verlegen müssen, damit wir manche Unterkünfte komplett nur für Frauen mit Kindern reservieren können.

Es ist jetzt gerade mal zwei Wochen her, dass wir mit der Situation konfrontiert wurden. Noch mal: Ich kann nie ausschließen, dass irgendeiner der Mitarbeiter auch Fehler macht. Aber die arbeiten alle überall mit Hochdruck daran, all diese Dinge – vieles von einem Tag auf den anderen – umzusetzen und voranzubringen. Da gehören die Themen "Prävention gegen Menschenhandel" und "Prävention gegen Zwangsprostitution" und dergleichen auf jeden Fall mit dazu. Das steht bei der Polizei auf der Tagesordnung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Meldungen zu Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor.

Die Staatsregierung hat ihre Redezeit überzogen. Das ist selbstverständlich völlig in Ordnung. Das wird jetzt auf die einzelnen Fraktionen umgerechnet, sodass sich eine verlängerte Redezeit für die einzelnen Fraktionen ergibt. Das wird ein bisschen dauern, aber das können Sie dann sehen.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist diese Aussprache geschlossen. Ich komme nun zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/21635 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Wer enthält sich? – Die AfD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Atzinger. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/21637 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die FREIE-WÄHLER-Fraktion und die CSU-Fraktion. Enthaltungen bitte! – Die AfD-Fraktion. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt. Der fraktionslose Abgeordnete hat sich ebenfalls enthalten.